



Berlin, 18. Mai 2011

GdP zum Drogenbericht der Bundesregierung:

Polizei sieht keine Anzeichen eines Rückgangs des Alkoholkonsums

Berlin. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) äußert starke Zweifel an der Richtigkeit der Aussage des Drogen- und Suchtberichtes der Bundesregierung, nach dem der Alkoholkonsum von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen drastisch zurückgegangen sei.

GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut: „Die Alltagserfahrungen meiner Kolleginnen und Kollegen vor Ort sprechen eine andere Sprache. Der Alkoholkonsum von jungen Menschen wird immer mehr zum Problem, auch im Zusammenhang mit begangenen Straftaten.“

Als Beispiel nennt der Gewerkschaftsvorsitzende Erkenntnisse der Polizei in München. Das dortige Lagebild spreche davon, dass exzessiver Alkoholkonsum bei einer immer größer werdenden Zahl von Jugendlichen stark im Trend liege.

Der Grund für die unterschiedliche Wahrnehmung, so die GdP, liege vermutlich darin, dass sich der Bericht der Drogenbeauftragten der Bundesregierung auf eine Befragung von 7.000 Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 12 bis 25 Jahren durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zu ihren Trinkgewohnheiten stütze.

Witthaut: „Ich halte es für einigermaßen lebensfremd zu erwarten, dass ein 14-jähriger eine ehrliche Auskunft gibt, wenn man ihn nach seinen Trinkgewohnheiten befragt. Gerade im Bereich der Suchtgewohnheiten sind Selbst- und Fremdtäuschung an der Tagesordnung.“ Der Drogenbericht vermerke nämlich auch, so Witthaut, dass das „Komasaufen“ in den letzten zehn Jahren um 178 Prozent gestiegen sei. Witthaut: „Die Einweisungszahlen der Krankenhäuser sind sicher solider als die Selbstauskünfte der Betroffenen.“

Die Gewerkschaft der Polizei warnt davor, die Alltagswirklichkeit aus dem Auge zu verlieren. „Exzessiver öffentlicher Alkoholkonsum nimmt zu und wird immer mehr zu einer Gefahr für unsere Gesellschaft.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190